

Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D.M. Memeler Str. 6/8
Fernsprecher: Abtag 1006, 1076 und 1222. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilpraxis Berlin

Versteht sich von selbst — Vereintigt alles!

Anzeigen- und Werbeanzeigen sind an Otto Behms, Berlin D.M.
Memeler Straße 6/8 (Postfach 5888), zu richten. — Bezugs-
preis wie durch die Post. Vierteljährlich 6 M. — Beleg-
preis 4 M. für die dreispaltige Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

führt hierzu auf der vierten Sitzung des Bundesausschusses folgendes aus: Die gewaltige Arbeitslosigkeit ist eines der wichtigsten Probleme der gegenwärtigen Krise, das die verantwortungsvollste Beachtung der deutschen Wirtschaftspolitik erfordert. Die Reichsregierung hat daher in Fortsetzung unter Erweiterung der bisherigen Maßnahmen einen umfassenden Plan aufgestellt, um angesichts der außerordentlichen Notlage neue und zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die sich noch in diesem Jahre auf dem Arbeitsmarkt auswirken sollen. Um alle bürokratischen Hemmungen bei der Durchführung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms zu beseitigen, hat die Reichsregierung einen mit Vollmachten ausgestatteten Ministerialausschuß eingesetzt, der die Durchführung dieses Programms in enger Fühlung mit den Länderregierungen gewährleistet. Der Minister geht sodann auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Stützung des Arbeitsmarktes und zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten ein, die von der Reichsregierung bereits im letzten halben Jahre beschlossen und in der Durchführung begriffen sind, sich teilweise aber erst und in den kommenden Monaten auswirken werden.

Die bisherigen Maßnahmen lassen sich bei systematischer Betrachtung in 5 Gruppen teilen.

Zunächst einmal galt es selbstverständlich, die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge nach dem Einsetzen der Krise wesentlich zu erweitern und auszugestalten. Ferner wurde versucht, und diese Maßnahmen bilden die 2. Gruppe, durch beschleunigte und vermehrte Vergabe öffentlicher Aufträge den wichtigsten einzelnen Industrien in gewissem Umfang Beschäftigungsmöglichkeiten zu beschaffen. Die Maßnahmen der 3. Gruppe umfassen die Übergabe von öffentlichen Mitteln an einzelne private Unternehmungen zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe, während es sich bei den Maßnahmen der 4. Gruppe um die Gewährung von Krediten der öffentlichen Hand an bestimmte Wirtschaftszweige handelt. Die Maßnahmen der 5. Gruppe schließlich entspringen nicht nur der gegenwärtigen Krise, sind vielmehr auf längere Sicht gestellt, indem sie z. B. den Auslandsabzug der deutschen Wirtschaft zu heben suchen, neue Kreditmöglichkeiten erschließen wollen oder durch Senkung der Produktionskosten in Richtung einer Erleichterung der Wirtschaftslage wirken.

Was zunächst die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge betrifft, so hat mein Vordrucker bereits anerkannt, daß die Zahl der Notstandsarbeiten seit dem Einsetzen der Krise bis zum 15. Mai ständig und regelmäßig gestiegen ist. Es waren am 15. Mai über 170 000 Arbeiter in Notstandsarbeiten beschäftigt. — eine Ziffer, die bisher von keinem Lande in der Welt erreicht worden ist. Wohl hat sich diese Ziffer am 15. Juni etwas gesenkt. Im Rahmen des neuen Programms wird aber dafür gesorgt werden, daß sie wieder erreicht und wesentlich überschritten wird.

Als zu Beginn dieses Jahres die gewaltige Flut der Arbeitslosigkeit immer stärker anschwellte, war es Aufgabe der Wirtschaftspolitik, der Industrie gewisse, wenn auch begrenzte, neue Möglichkeiten zu schaffen. Das war vor allem aus psychologischen Gründen geboten, weil jeder übertriebene Wirtschaftspessimismus zu übermäßigen Entlassungen und Stilllegungen führt — auch in solchen Fällen, wo die Lage des einzelnen Betriebes nicht unbedingt dazu nötigt. Diese Aufträge der großen Beschäftigungsstellen der Post, der Eisenbahn, der Steuerverwaltung, die in der Zeit des Höchststandes der Arbeitslosigkeit fielen, haben — trotz ihrer relativen Geringfügigkeit — doch schon mit dazu beigetragen, den Arbeitslosenziffern damals zu einer sinkenden Tendenz zu verhelfen.

Freilich ist die Gefahr nicht zu verkennen, die für den Arbeitsmarkt darin liegt, daß die in den Etats vorgesehenen Beschäftigungsmittel in diesem Jahre frühzeitig als sonst erschöpft sein werden. Es war daher Aufgabe des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms, diese Lücke durch das Herausbringen neuer Aufträge auszufüllen. Doch hierüber später.

Zu der dritten Gruppe von Maßnahmen — zur Stützung einzelner Unternehmungen — übergehend betonte der Minister:

Die öffentliche Hand darf nicht zum Bankier der Wirtschaft werden, trotzdem mußten in einzelnen Fällen von Reichs wegen bestimmte Unternehmungen unterstützt werden, nachdem alle sonstigen Mittel und Wege erschöpft waren, um diese Betriebe oder Betriebsgruppen vor dem Untergang zu bewahren — ein Untergang, der aus allgemeinen Gründen verhindert werden mußte. Hervorheben möchte ich aber, daß, wenn man diese Unterstützungsaktionen viel leicht auch nicht unter dem Begriff der Arbeitsbeschaffung einreihen kann, doch ohne sie zweifellos weitere Massen Erwerbsloser auf dem Arbeitsmarkt geworfen wären, deren verminderte Kaufkraft zur Verschärfung der Krise beigetragen hätte.

Bei der weiteren 4. Gruppe der Maßnahmen handelt es sich darum, einer besonderen aller Voraussicht nach begrenzten Notlage bestimmter Wirtschaftszweige zu steuern und ihre Produktionsmöglichkeiten zu erhalten. Diese Maßnahmen dürfen nicht als generelle Subventionspolitik gewertet werden, wie sie andere Länder mit sehr negativem Erfolge versucht haben. Nur dort ist geholfen worden, wo man vorausschauend annehmen konnte, daß die in Frage kommenden Wirtschaftszweige nach einer gewissen Uebergangszeit aus eigener Kraft ihre Produktion fortzusetzen in der Lage sein würden. So sind die Mittel der Reichsgroßindustrie der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion dienstbar gemacht worden. Den deutschen Kreditoren sind Kredite gewährt worden. In diesem Zusammenhang ist auch der Zwischenkredit von 200 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau zu nennen. Es ist zu hoffen, daß nach einer Verlängerung der vorgesehenen Kreditfristen, der der Reichstag kurz vor seiner Vertagung zugestimmt hat, der Baumarkt stärker als bisher durch diesen Zwischenkredit Anregung erfahren wird. Die Anträge gehen nunmehr seitens der Länder in größerer Zahl ein. Bereitgestellte 40 Millionen sind bereits abgehoben und weitere 7 Millionen neu angefordert.

Die 5. Gruppe der von mir eingangs kurz skizzierten Wirtschaftsmaßnahmen führt mich auf das Gebiet allgemeiner wirtschaftlicher Uebergangsmassnahmen. Hierzu gehört auch das gegenwärtige Stadium unserer Handelsvertragspolitik.

Von den schwebenden Handelsvertragsverhandlungen möchte ich zunächst die mit Frankreich hervorheben. Im Augenblick wird zwischen beiden Regierungen über ein Teilabkommen verhandelt, das die Wirtschaften beider Teile die Be-

Ein Diktat der südbayerischen Textilindustriellen.

Die süddeutschen Textilarbeiter befinden sich mit den Arbeitgebern in einem Lohnstreit. In diesem Lohnstreit hat am 11. Juni in München ein Schiedsgericht getagt, welches nach ergebnislosen mündlichen Verhandlungen einen Schiedspruch gefällt hat, nach welchem die Zeit- und Akkordlöhne um 3,75 Proz. abgebaut werden sollten. Dieser Schiedspruch des Landeschlichters in München wurde vom Sozialministerium in Bayern nicht für verbindlich erklärt, und zwar mit der Begründung, daß ein Lohnabbau für die Textilarbeiter schmerzhaft sei. Trotz alledem diktierten die Textilindustriellen ihren Mitgliedern einen Lohnabbau. Dies geht hervor aus nachstehendem Rundschreiben, welches der Verband Süddeutscher Textilarbeiter, Landesgruppe Südbayern, am 8. Juli 1926 an seine Mitglieder versandt hat. Es heißt in dem Rundschreiben:

Br./S. Augsburg, den 8. Juli 1926.

Zur gefl. Kenntnisnahme.
An die verehrlichen Mitglieder unserer Landesgruppe Südbayern.

Betreff: Neuregelung der Arbeiterlöhne.
Beilagen.

Die Mitgliederversammlung unserer Landesgruppe vom 6. Juli d. J., in welcher unsere Mitgliedsfirmen fast vollständig vertreten waren, hat folgende bindende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Schiedspruch des bayerischen Landeschlichters vom 11. Juni 1926 (Beilage unseres Rundschreibens vom 14. Juni 1926) ist in sämtlichen Betrieben unserer Landesgruppe einheitlich durchzuführen.

2. Die sämtlichen Mitgliedsfirmen sind verpflichtet, am Mittwoch, den 14. Juli 1926 in ihren Betrieben den beiliegenden Fabrikanschlag zur Kenntnis ihrer Arbeiterschaft zu bringen, wonach die neuen Löhne auf der allgemeinen Grundlage des Schiedspruches mit Wirkung ab 1. August d. J. in Kraft gesetzt werden. Zugleich mit dem Fabrikanschlag ist der Schiedspruch selbst und die neue Lohn tafel, welche hier ebenfalls anliegt, bekanntzumachen. Arbeitern, welche zwischen 14. und 16. Juli infolge Krankheit oder aus anderen Grün-

den nicht in den Betrieb kommen, ist der Inhalt des Anschlages, des Schiedspruches und die neue Lohn tafel brieflich bekanntzugeben.

3. In Verhandlung mit den Arbeiterräten, welche gemäß § 78 Ziff. 2 B.R.G. nicht zu umgehen sind, dürfen Zugeständnisse, die eine Ueberschreitung der neuen Lohn tafel bedeuten würden, nicht gemacht werden.

4. Unseren Mitgliedern aus der Baumwollweberei werden eingehendere Richtlinien über die Weberakkordfrage noch zugehen, in soweit solche in der am 9. d. M. nachmittags stattfindenden Webersitzung aufgestellt werden.

Verband Süddeutscher Textilarbeiter,
Landesgruppe Südbayern.
Dr. Brandenberger.

Dieses Rundschreiben setzt wahrhaftig jeglicher Brutalität die Krone auf. Die Textilarbeiter wissen unter den gegenwärtigen schlechten Verhältnissen in der Textilindustrie nicht, wo sie das Stückchen Brot hernehmen soll, um ihren Hunger zu stillen, und trotz alledem versucht man einen so unsozialen Schiedspruch entgegen dem Sozialministerium zur Durchführung zu bringen. Dieses zeigt eben, daß die bayerischen Textilindustriellen, die alle Großverdiener sind, für die Nothe ihrer Arbeiterschaft nicht das geringste Verständnis haben. Dem Schiedspruch, der am 11. Juni durch den Landeschlichter in München gefällt worden ist, ist eine Begründung beigegeben, die den tatsächlichen Verhältnissen Hohn spricht. Wir haben in der Textilindustrie keine Gruppe, die so gut fundiert ist und so günstige Gewinnabschlüsse macht, wie die süddeutschen Textilindustriellen, und trotz alledem wird, um den Lohnabbau zu rechtfertigen, von dem Schiedsgericht eine Begründung beigegeben, die den tatsächlichen Verhältnissen ins Gesicht schlägt. Es mögen einige Firmen darunter sein, die durch die Zinsenlasten bedrückt werden. Daß man aber der Arbeiterschaft das Brot fortnimmt, um einige dieser Firmen das Durchhalten zu ermöglichen, ist einfach ein Skandal. Hoffentlich sorgt die bayerische Arbeiterschaft dafür, daß dieser Gesellschaft dieser Streich zu gegebener Zeit gründlich heimgezahlt wird.

tätigung auf dem Markte des anderen erleichtern sollten. Es ist fraglich, ob der Abschluß eines derartigen Abkommens in Kürze möglich sein wird. Von deutscher Seite wird jedenfalls alles getan, um, soweit es die deutschen Interessen irgend zulassen, eine für beide Teile brauchbare Verhandlungsgrundlage zu schaffen. Die französische Regierung muß sich aber dazu verstehen, die Erleichterungen, die wir der französischen Betätigung in Deutschland zu geben bereit sind, auch unseren Staatsangehörigen auf den französischen Markt zu eröffnen. Ich möchte meine Ausführungen über den Stand der deutsch-französischen Verhandlungen mit der Hoffnung schließen, daß es auch unabhängig davon, ob ein Teilabkommen möglich sein wird, gelingt, die großen, zwischen beiden Staaten schwebenden wirtschaftlichen Streitfragen in einem auf längere Dauer berechneten umfangreichen Handelsvertrag zu lösen.

In den Verhandlungen mit der Schweiz sind wir zu einer so weitgehenden Annäherung auf den einzelnen Verhandlungsgebieten gelangt, daß mit einem baldigen Abschluß gerechnet wird. Ebenso liegt es mit Japan. Es schweben dann noch die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, die, wie Sie wissen, sich ganz besonders schwierig gestalten, mit der Türkei, mit Griechenland und mit Mexiko. Mit Litauen und der Tschechoslowakei werden die Verhandlungen demnächst eröffnet werden.

Zur Förderung des Exports mühten auch neue Wege beschritten werden, so den der Exportkreditversicherung und des Russengeschäfts. Die Bestrebungen des Reichs zur Schaffung einer Exportkreditversicherung haben zu einem Erfolg geführt. Die Versicherungsgesellschaft hat ihre Tätigkeit aufgenommen. In den ersten Sitzungen des Ausschusses dieser Stelle sind zahlreiche Exportaufträge versichert worden. Ein beträchtlicher Teil dieser Versicherungen betraf Auslandsaufträge gerade solcher Industrien, die, wie z. B. die Kleinenindustrie, besonders schwer unter dem Verlust ihrer früheren Absatzmärkte zu leiden haben. Weitere Anträge sind in Bearbeitung, sie bewegen sich nach Zahl und Umfang in aufsteigender Linie. An der Schaffung einer zweiten Form der Exportkreditversicherung, die sich an die Vor schläge der Hamburger Exporteure anlehnt, wird mit Aussicht auf baldigen Erfolg gearbeitet. Im Laufe der nächsten zwei Wochen werden die Pläne abgeschlossen sein.

Vor etwa zwei Wochen ist es gelungen, im Russengeschäft zwischen dem deutschen Bankenkonzern und der Handelsvertretung der Sowjetunion über die Bedingung der Finanzierung einer Einigung herbeizuführen.

Mit dieser Einigung wird der Weg für weitere Bestellungen Russlands erheblich geebnet sein. Bis heute sind aus Industrietreifen Anfragen in bezug auf Erteilung der Garantie für Lieferungsverträge im Umfange von rund 350 Millionen Mark beim Interministeriellen Ausschuss gestellt worden. Die weitaus meisten Anträge auf Erteilung der Garantie hat der Ausschuss bewilligt. Die auf Grund der Einigung ermöglichte Gesamtfinanzierung durch das Bankenkonzern dürfte die Erwartung zulassen, daß im beiderseitigen Interesse Deutschlands und Russlands Geschäftsabschlüsse in immer steigendem Maße erfolgen.

Nachdem ich so die Maßnahmen der Reichsregierung geschildert habe, die darauf hingingen, den deutschen Waren einen erweiterten Absatzraum im Auslande zu verschaffen, will ich auch die Bemühungen freifen, die die Reichsregierung angewandt hat, um den inneren deutschen Markt anzuregen. Hier waren insbesondere auf dem Gebiete des Kreditwesens manche Mißstände zu beseitigen. Es galt zunächst den durch die Inflation und ihre Folgen verkürzten Markt für langfristige Kredite wieder aufzubauen. Die hierauf zielenden Arbeiten der Reichsregierung sind durch die Entwicklung der Dinge unterstützt worden. Krisenliquidationen, aus-

ländische Hilfe, wohl auch ausländisches Fluchtkapital, dazu die ständig wachsende Sparfähigkeit haben eine Geldflüssigkeit herbeigeführt, die ihrerseits wieder den Anlagemarkt belebt hat. Eine von mir mit den Länderregierungen gepflogene Aussprache hat Uebereinstimmung darüber ergeben, daß die Sparfassen wieder auf die Pflege des Realcredits zu verweisen sind. Auch die Versicherungsgesellschaften sind zu wiederholten Malen, und zwar mit sichtbarem Erfolge, auf die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten hingewiesen worden, ihre Reserven und sonstigen Vermögensanlagen mit langfristigen Hypotheken zu decken.

Das Kreditbedürfnis der Landwirtschaft erfordert besondere Maßnahmen. So wurde die Deutsche Rentenbankkreditanstalt errichtet. Eine weitere Einrichtung zur Beschaffung drei- bis fünfjähriger Realcredits ist durch die Goldkreditbank im Verein mit der Rentenbankkreditanstalt in einem bisherigen Ausmaße von 250 Millionen Mark gewährt worden. Es darf schließlich auch an die vom Reich gebotene Hilfe für Beschaffung von künstlichem Dünger sowie an die Kreditation zugunsten des Flachsbauwesens erinnert werden.

Die Kreditlage der Landwirtschaft soll weiterhin durch das Gesetz betreffend die Ermöglichung der Kapitalkreditbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter erleichtert werden.

Der drückenden Geldnot der Landwirtschaft wird dadurch Rechnung getragen werden, daß die Fälligkeitstermine der von den öffentlich-rechtlichen Stellen an die Landwirtschaft gegebenen Kredite ausen-

andergezogen werden. Ein Problem, das wegen seiner Bedeutung für die gesamte Wirtschaft die allgrößte Beachtung verdient, ist die Bewegung der Ernte. Die Landwirte sollen gegen Lombardierung ihrer Produkte von den Warengenossenschaften Wechsel in Höhe von 60 Proz. des Wertes des lombardierten Getreides erhalten. Der Landwirt kann diese Wechsel bei den Kreditgenossenschaften diskontieren, die ihrerseits an der Preußenkasse einen Rückhalt haben. So wird einerseits vermieden, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse plötzlich in über großen Mengen auf den Markt geworfen werden müssen, während andererseits die Landwirte in immerhin erheblichem Ausmaße sofort in den Besitz von Barmitteln kommen, die als Kaufkraft im Herbst wieder zu einer Belebung der industriellen Produktion führen.

Trotz der herrschenden Geldflüssigkeit besteht gerade bei den kleineren und mittleren industriellen Unternehmungen ein bisher noch nicht voll bedrücktes Kreditbedürfnis. Eine geeignete Lösung hierfür muß gefunden werden. Wie Ihnen bekannt sein wird, ist Sachjen durch Schaffung einer Landespfandbriefanstalt für industrielle Unternehmungen mit Solidarhaftung der beteiligten Kreditnehmer und Staatsgarantie vorangegangen. Andere Versuche dieser Art sind in anderen Ländern gemacht worden. Ueber die Beschaffung dieses Weges auf breiterer Basis auch in anderen Landesteilen haben in meinem Ministerium Besprechungen stattgefunden, bei denen die Länderregierungen allerdings große Zurückhaltung beobachtet haben. Es wird zurzeit in Erwägung gezogen, auf diesem Gebiete die private Initiative durch Bereitstellung öffentlicher Mittel oder öffentlicher Garantien wirksam zu unterstützen. Möglicherweise zeigen sich andere Wege, insbesondere unter Einschaltung der bestehenden Grundkreditinstitute nach der gleichen Richtung als gangbarer. (Fortsetzung folgt.)

Förderung des Arbeiterschutzes.

Hierzu führte Dr. Syrup, der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung etwa folgendes aus: Er gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Gewerkschaften neben der großen aktuellen Frage der Arbeitslosigkeit, die den ersten Verhandlungstag ausgefüllt hat, ihre Aufmerksamkeit nun auch dem Betriebsschutz zuwenden. In allen Kulturländern breche sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß der Schutz der Ar-

Inhalt: Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffungsprogramm. — Förderung des Arbeiterbundes. — R. S. R. — Bericht über die vierte Sitzung des Bundesausschusses des ADGB im Volkshaus zu Düsseldorf am 9. und 10. Juli 1926 (I.). — Frauenanteil. — Kleinfeld (siehe auch den Verbandsdienst). — Wie ist Frankreich wiederhergestellt (II.). — Aus der Textilindustrie. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit innerhalb der Mitgliedschaft. — Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie auf den Deutschen Textilarbeiterverband. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

beiter gegen gesundheitliche und Lebensgefahren im Betriebe eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Der Krieg hat zahlreiche Arbeiter in ihrer Gesundheit geschädigt und in ihrer Arbeitsfähigkeit beschränkt: dreiviertel Millionen Kriegsschädigte befinden sich als Arbeitskräfte mit beschränkter Arbeitsfähigkeit unter der Arbeitnehmerschaft Deutschlands. Aber auch die friedliche Betriebsarbeit birgt große Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Im Jahre 1923 entfielen auf 24 Millionen versicherter Personen 460.000 Unfälle, die Unfälle erlitten hatten, von denen wiederum 77.000 eine Rente bezogen; 7500 Betriebsunfälle verliefen tödlich. An jedem Werktag erlitten 1500 Personen Unfälle im Betriebe, von denen 230 eine Rente bekommen mußten. Von den tödlichen Unfällen entfielen 25 auf einen Tag. Insgesamt bezogen 792.000 Personen, die Betriebsunfälle erlitten haben, bzw. ihre Hinterbliebenen Renten aus der Unfallversicherung. Die kapitalisierte Unfallrentenlast beträgt rund 3 Milliarden Mark. Außer den Gefahren, die zu Unfällen führen, umgeben den Arbeiter im Betriebe Gefahren anderer Art, die ihn durch Erkrankungen aller Art in seiner Gesundheit schädigen. Gewisse Anhaltspunkte für die Größe dieser Gefahren und die Zahl solcher Erkrankungen lassen sich aus den entsprechenden Angaben der Krankenkassen entnehmen.

Der Staat ist sich der Aufgabe bewußt, die Arbeitnehmer gegen diese in den verschiedensten Formen auftretenden Gefahren für Gesundheit und Leben zu schützen. Was auf diesem Gebiete in den letzten Jahren geschehen ist, ist zwar nur Kleinarbeit, aber dennoch wird ohne die gewünschte Wirkung. Der Staat hat, um die hier gestellte Aufgabe zu erfüllen, verschiedene Wege beschritten. Er erläßt durch Gesetze und Verordnungen, in denen er die Arbeitgeber zur Durchführung bestimmter Maßnahmen zur Minderung der Gefahren und Verhütung der Unfälle verpflichtet und die Überwachung der Durchführung dieser Vorschriften eigens dazu bestimmten Beamten überträgt. Der Staat hat zweitens bestimmte weitere Aufgaben, die in dem gleichen Gebiete fallen, den Berufsorganen übertragen. Die vom Staat erlassenen Gesetze und Verordnungen werden sich an den Arbeitgeber, indem sie ihm bestimmte Verpflichtungen auferlegen, die Betriebsverhältnisse so zu gestalten, daß den Betriebsgefahren entgegengegriffen wird. Kommt der Arbeitgeber seinen allgemeinen Verpflichtungen nicht nach und tritt ein Unfall ein, der gar zu einem Todesfall führt, so ist der Arbeitgeber nach den Strafgesetzen strafbar. Eine Bestrafung nach den Arbeiterschutzesetzen selbst ist nicht möglich. Gesetzliche Einzelmaßnahmen können nicht mit dem technischen Wandel Schritt halten. Die als Rahmenvorschriften zu betrachtenden Gesetze und Verordnungen des Staates bekommen ihre Bedeutung dadurch, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten befugt sind, nach diesen Rahmenvorschriften ganz bestimmte Anordnungen in Form von polizeilichen Verfügungen zu treffen. Der Gewerbeaufsichtsbeamte könnte jedoch seine Aufgabe nur erfüllen, wenn er von den Verhältnissen in den Betrieben Kenntnis erhält. Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten muß ihrer bedeutungsvollen Aufgabe entsprechend bemessen sein. Auch das im Entwurf vorliegende neue Arbeitsschutzgesetz will den Gewerbeaufsichtsbeamten das Recht sichern, selbständig polizeiliche Verfügungen zu erlassen. Das neue Arbeitsschutzgesetz wird voraussichtlich den Betriebschutz nicht nur verstärken, sondern er wird ausgedehnt werden auf Arbeiter und Angestellte aller Art; besondere Vorschriften werden nur erforderlich bleiben für die Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft und in der Schifffahrt.

Daneben bedient sich nun der Staat, um den Schutz der Arbeiter in Betrieben in möglichst hohem Maße zu erreichen, der Berufsorganen. Die Berufsorganen sind die Berufsvereinigungen, die ihren Maßnahmen mehr und mehr nach dem Gesichtspunkt, daß es nicht nur gilt, die Folge der Unfälle zu heilen und zu lindern, sondern daß es wichtiger ist, den Unfällen vorzubeugen. Bisher war der Aufgabenkreis der Berufsvereinigungen auf den Unfallschutz im engeren Sinne beschränkt. Jetzt ist ihr Wirkungsbereich erweitert worden, indem verschiedene Berufsvereinigungen in die Tätigkeit der Berufsvereinigungen einbezogen werden sind. Die Berufsvereinigungen geben für jeden Industriezweig verbindende Vorschriften heraus, die im einzelnen bestimmen, was Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu tun oder zu unterlassen verpflichtet sind. Die Berufsvereinigungen sind gehalten, diese Bestimmungen fortlaufend der technischen Entwicklung anzupassen. Die Versicherten haben die Möglichkeit, ihre Wünsche über die Fassung solcher Vorschriften zum Ausdruck zu bringen. Es ist ferner die Pflicht der Berufsvereinigungen, die Durchführung der von ihnen erlassenen Vorschriften zu überwachen. Dazu bedienen sie sich der von ihnen angestellten technischen Aufsichtsbekannt. Die Auswahl dieser Beamten ist den Berufsvereinigungen überlassen. Neuerdings bedarf jedoch die Anstellung der technischen Aufsichtsbekannt der Genehmigung des Reichsversicherungsamtes, und außerdem ist bestimmt worden, daß die Beamten nicht ohne wichtigen Grund entlassen werden dürfen. Ferner habe die Reichsarbeitsverwaltung durch Verhandlungen erreicht, daß ein Zusammenwirken der Gewerbeaufsichtsbeamten mit den technischen Aufsichtsbekannt der Berufsvereinigungen stattfindet, daß beide Gruppen sich bei ihrer Tätigkeit gegenseitig ergänzen. Bei der Reichsarbeitsverwaltung ist ferner ein Ausschuss eingerichtet worden, dem die Vorschriften der Berufsvereinigungen vorgelegt werden, bevor sie erlassen werden. Diese Einrichtung bedeutet eine Verbesserung im Vergleich zu dem früheren Zustand, unter welchem die Vorschriften von den Ländern getrennt geprüft und oftmals widersprechend beurteilt worden sind.

Des wären die vom Staate zur Förderung des Betriebschutzes unternommenen Schritte. Es käme nun, betonte der Präsident, darauf an, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer selbst zur Mitwirkung bei der weiteren Förderung heranzuziehen. Die bedeutungsvolle Erscheinung, daß 75 Proz. aller Betriebsunfälle auf die Nichtbeachtung der Gefahren von beiden Seiten zurückzuführen sind, lasse erkennen, wie hoch der Wert einer verständigen Mitwirkung der Arbeiter bei der Verhütung der Unfälle zu schätzen ist. Die Möglichkeit zu solcher Mitwirkung ist durch das Betriebsratsgesetz besonders betont. Hier eröffnet sich für die Betriebsräte ein neues Gebiet fruchtbarer Tätigkeit, das jedoch bisher leider noch ungenügend bearbeitet wurde. Auf der Arbeitgebersseite sei in neuerer Zeit eine Steigerung des Interesses am Betriebschutz zu verzeichnen. Die Arbeitgeber haben erkannt, daß jedes Auslegen einzelner Arbeitnehmers infolge eines Unfalles einen beträchtlichen Betriebsausfall darstelle. Die jetzt in Angriff genommene Rationalisierung der Betriebsverhältnisse werde demgemäß neue, bisher noch unbekannte Maßnahmen hervorbringen; auf diese mögliche Wirkung der Rationalisierung müsse geachtet werden. Wenn wir zu einem ganz intensiven Betrieb kommen, erlange die Frage der Fausen, des Uraubs usw. eine Bedeutung auch unter dem Gesichtspunkt des Betriebschutzes. Sei es nun die Aufgabe der Arbeitgeber, geeignete Schutzvorrichtungen heranzustellen, so sei es die Aufgabe der Arbeitnehmer, die Schutzvorrichtungen zu benutzen. Es habe sich herausgestellt, daß die Betriebsunfälle, die durch die Mitarbeit der Arbeitnehmer entstehen, stets die meisten sind.

Von dem nächsten Jahre erwartet der Vortragende einen großen Durchbruch auf dem Gebiete des Betriebschutzes. Die Gewerbeaufsichtsbeamten dürften die Aufgabe, dabei mitzuwirken. Der Arbeiter dürfe nicht nur die Gefahr der Beschädigung der Betriebswirtschaft bei der Arbeit zu meiden. Der Reichsarbeitsverwaltung sei bestrebt, unter

den Arbeitnehmern Aufklärung über die Betriebsgefahren zu verbreiten. Sie bediene sich dazu in neuerer Zeit in größerem Umfang des Unfallverhütungsbildes. Der von einer Seite angeregten Unfallverhütung durch den Rundfunk steht er sehr skeptisch gegenüber. Dagegen lege er großen Wert auf die weite Verbreitung der unter dem Titel „Arbeiter-Schutz“ erscheinenden Sonderausgabe des Reichsarbeitsblattes. Die Verbreitung dieser Ausgabe unter den Arbeitnehmern sei noch zu gering. Sie könne vergrößert werden, wenn es gelänge, den Inhalt der Sonderausgabe in höherem Maße, als es bisher geschehen sei, dem Verständnis der Arbeitnehmer anzupassen. Auch dazu aber bedürfe es der Mitarbeit an dieser Zeitschrift aus den Kreisen der Arbeitnehmer. Die Herausgeber der Sonderausgabe seien bereit, auch die Bezugsbedingungen den Verhältnissen der Arbeitnehmer anzupassen. Sein Wunsch sei es, trotz der Vortragende, daß es mit Hilfe der Zusammenarbeit aller beteiligten Kräfte gelingen möge, das Interesse der Wertigen am Betriebschutz zu steigern.

R. S. R.

+++ Die Mitte Juli zustande gekommene Fusion zwischen der I. G. Farbenindustrie und der Köln-Rottweil A. G. muß im Rahmen der großen, seit Jahresfrist in der Kunstseidenindustrie zu beobachtenden Konzentrationsbewegung bemerkt werden. Der Pulver-Dynamit-Konzern, zu dem die Köln-Rottweil A. G. gehört, befruchtete vor und während des Krieges den Pulverkonsum des deutschen Heeres und der deutschen Marine bis zu ungefähr 60 bis 70 Prozent. Auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages, die bekanntlich nicht nur die Einstellung der Pulverlieferung des deutschen Heeres, sondern auch den Export von militärischem Pulver vorzehen, ergab sich für den Pulverkonzern wie auch für die anderen großen Rüstungsbetriebe die Notwendigkeit der fabrikatorischen Umstellung auf Friedensartikel. Der Pulverkonzern gehört mit zu den Gesellschaften, die zweifellos das Problem in ganz hervorragender Weise gelöst haben. Insbesondere verlegte sich die Köln-Rottweil A. G. auf die Herstellung künstlicher Textilfaserstoffe. Einerseits wurde sie dadurch einer der besten Abnehmer für den Farbertrust (Stichtoffe), andererseits ein scharfer Konkurrent des Farbertrust auf dem Gebiet der Herstellung von Lacken und von Kunstseide (R. S.). Die Gegensätze sind durch die neue Fusion ausgeglichen. Sie bedeutet zunächst ein weiteres Eindringen des Chemiekapitals in eins der wichtigsten Gebiete der Textilindustrie: das der Kunstseide. Um welche Objekte es bei diesen Konzentrationen geht, dürfte folgende Uebersetzung beweisen: Die Weltproduktion an R. S. betrug 1919 ungefähr 7500 t, sie steigerte sich 1922 auf 40.000, 1924 auf 63.000 und 1925 auf 83.000 t. Demgegenüber wurden 1925 nur 40.000 t natürliche Seide fabriziert. Die Beteiligung der einzelnen Länder an der Weltproduktion geht aus folgender Aufstellung hervor:

	1923	1924	1925
		(in lbs)	
U. S. A.	35 400 000	38 750 000	51 000 000
England	16 500 000	23 847 000	28 000 000
Deutschland	13 000 000	23 672 000	25 000 000
Italien	10 000 000	18 480 000	24 500 000
Frankreich	7 700 000	12 333 000	14 000 000
Belgien	6 000 000	8 874 800	10 000 000
Anderer Länder	8 400 000	15 107 000	20 000 000

Man schätzt die Produktion der I. G. Farbenindustrie an Kunstseide für die Zukunft auf täglich ungefähr 20.000 kg. Damit wird der Farbertrust in der nächsten Zeit auf eine Jahresproduktion kommen, die ungefähr zwischen 3800 und 4200 t liegen wird. Die Vormachtstellung des Chemiekapitals in der deutschen Kunstseidenindustrie beruht einerseits auf seiner finanziellen Kraft (der Trust verfügt an Stammkapital, Vorzugsaktienkapital und Reserven über Eigenmittel in Höhe von 750 Millionen Reichsmark), andererseits auf der Fabrikation von wichtigen Hilfsmaterialien für die Kunstseidenproduktion und den Besitz von ausschlaggebenden Patenten. So kommt der Farbertrust für die Lieferung von Aethan, Schwefelkohlenwasserstoff, Essigsäure usw. in Frage. Insbesondere die Herstellung von Essigsäure sichert dem Trust den entscheidenden Einfluß auf die einschlägigen weiterverarbeitenden Betriebe. Bekannt ist ja, wie an und für sich die Kunstseidenproduktion große Kapitalsummen erfordert, gerade die Essigsäure-Anhydridanlagen große Investitionen erheischen. Soweit die Herstellungsmethoden in Frage kommen, ist festzustellen, daß der Farbertrust schon seit längerer Zeit Viskosefaser in Wolle bei Bitterfeld produziert. Ihm stehen auch die in letzter Zeit erzielten Verbesserungen, besonders das von dem ehemaligen technischen Leiter der Elberfelder Glanzstoff-Fabrik, Prof. Dr. Bronner entdeckte Verfahren zu einer Qualitätsverbesserung der Viskosefaser, die sogenannte Courtaulds-Bronner-Glanzstoffmethode, zur Verfügung. Auf dem Gebiete der Herstellung von Kupfer-Ammonialsäure hat sich der Farbertrust vor allen Dingen mit der I. P. Bemberg A. G. verständigt. Das Verfahren zur Herstellung der Kupferfaser Thiele-Bemberg geht auf eine im Jahre 1901 von Dr. E. Thiele gemachte Erfindung zurück. Das Verfahren wurde während des Krieges zuerst von der I. P. Bemberg A. G. in Barmen in dem sogenannten Streckverfahren praktisch ausgewertet. Die Thiele-Methode ermöglicht die Herstellung eines Garns von 120 Deniers, das aus nicht weniger als 90 Fasern besteht, wobei jede Faser so fein wie die des Seidenwurms ist (nach den Tarifnachrichten für R. S. der Tarifkommission der Vereinigten Staaten). Nach diesem Verfahren arbeiten in Deutschland z. B. die I. P. Bemberg A. G., Friedrich Kötter in Birna und die Firma Hoefken in Barmen. Die I. G. Farbenindustrie hat das Verfahren bereits in ihrer Viskose-Kunstseidefabrik in Wolle bei Bitterfeld verwertet und wird die Herstellung von „Adler-Seide“ in einer neu zu errichtenden großen Kupferfaserfabrik aufnehmen. Wie es heißt, soll die Errichtung der Fabrik 16 Millionen Mark kosten. Die tägliche Produktion wird sich wahrscheinlich auf über 10.000 kg stellen. Die neue Produktion soll vor allen Dingen die Erfahrungen der Firma Hoefken ausnutzen. Außerdem ist eine Kuppelung der Erfahrungen in Wolle und bei der Firma Hoefken mit den Erfahrungen der I. P. Bemberg vorgesehen.

Um sich den Einfluß auf die Herstellung von Azetatseide zu sichern, hat sich der Farbertrust schon zeitig an den Erwerb wichtiger Patente gemacht. Außerdem sind die Arbeiten des Trustes auf dem Gebiete von Zellulose-Azetat sehr erfolgreich verlaufen. Die Azetatseide ermöglicht — wir folgen hier den Darlegungen des „Chem. Trade Journals“ — die Herstellung eines nahezu wasserbeständigen Garns von außerordentlicher Feinheit (Denier 40, entsprechend 133 bei den Baumwollgarnen). Die Besonderheit der Azetatseide, sich im Gegensatz zu allen anderen Kunstseiden mit Baumwollfarbstoffen nicht anfärben, gibt die Möglichkeit, beigefärbten Geweben eigenartige Farbeffekte zu erzielen; so ergibt z. B. ein aus Baumwolle, Viskosefaser und Azetatfaser bestehendes Mischgewebe bei Färbung in denjenigen Farben reizvolle Kontraste zwischen den ungefärbten Azetatfaserfäden, den mattschwarzen Baumwollfasern und der glänzend gefärbten anderen Kunstseidefasern. Im Ausland sind besonders folgende Firmen, die für die Herstellung von Azetatseide ausschlaggebend sind: British Celanese Ltd., American Cellulose and Chemical Wg. Co., Soc. Française de Tubize in Benisuc, Celanese Française (Tubize-Konzern) in Lyon, Société Rodiale in Roubaix, The Canadian Celanese in Drummondville, Quebec. Deutschland steht bezüglich der Fabrikation der äußerst wichtigen Azetatseide völlig zurück. Eine Wendung wird wahrscheinlich dadurch eintreten, daß sich die Elberfelder Glanzstofffabrik und die Agfa, der Berliner Betrieb der I. G. Farbenindustrie, die Produktion von Azetatseide in der vor kurzem gegründeten Azetatgesellschaft aufnehmen werden. Die Einbeziehung der Köln-Rottweil A. G. vermehrt vor allen Dingen die Produktionsfähigkeit der I. G. Farbenindustrie. Der Köln-Rottweil ist nämlich die Herstellung der sogenannten Vistrafaser gelungen. Die Vistra trägt heute ohne

Zweifel allen Spinnsystemen in einer Weise Rechnung, wie kaum eine zweite Faser in der Welt, ob Natur- oder künstliche Faser. Baumwolle, Woll-, Streichgarn-, Ramie- und Seidenspinnerien sind heute in der Lage, Vistra in der speziellen Präparation, die für die einzelnen Spinnsysteme ausgearbeitet wurden, mit vollem Erfolg zu verspinnen. Das Charakteristikum der Vistrafaser liegt besonders in der Feinheit der einzelnen Typen, wodurch eine wunderbare Weichheit im Fertigprodukt erzielt wird und gleichfalls ein von der sonstigen Viskosefaser abweichender vornehmer Glanz, wie man ihn sonst nur bei der realen Seide findet. Darüber hinaus ist die Haltbarkeit der Vistrafaser von größter Bedeutung. Die Vistrafaser ist natürlich nicht das einzige Anreizmittel für den Farbertrust. Die Köln-Rottweil A. G. verfügt über gewisse Verbindungen im Ausland, besonders in Amerika, die für die Pläne der I. G. Farbenindustrie bezüglich einer künftigen Produktion von Azetatseide von Bedeutung sind. Wir kommen weiter unten auf diese Zusammenhänge zurück.

Die Stärkung der Kunstseideninteressen des Farbertrustes durch die Einbeziehung der Köln-Rottweil A. G. liegt auf der Hand. Besondere Bedeutung gewinnt aber die Kombination, wenn man sich die Auswirkungen nach der Richtung des zweifellos kommenden internationalen Kunstseidenkonzerns betrachtet. Die besondere Verbindung zwischen der I. G. Farbenindustrie und den Elberfelder Glanzstofffabriken, denen es im Vorjahr gelang, die I. P. Bemberg zu majorisieren, sind ja bekannt. Von dem Konzern der Glanzstofffabriken gehen aber äußerst wichtige internationale Bindungen und Verbindungen aus. Die Glanzstofffabriken errichteten schon im Frieden in Flint (England) einen eigenen Betrieb. Dieser wurde während des Krieges durch die Courtaulds Ltd. übernommen. Nach dem Kriege gelang es den Glanzstofffabriken sehr früh, mit dem englischen Großkonzern wieder in normale Beziehungen zu kommen. Von Courtaulds Ltd. führen nun die Fäden nach der französischen bzw. elässischen Kunstseidenindustrie (Straßburger Betrieb des Prof. Dr. Bronner, dem ehemaligen wissenschaftlichen und technischen Leiter des Glanzstoffkonzerns). So ist die Verbindung I. G. Farbenindustrie-Glanzstoffkonzern-Courtaulds Ltd.-Straßburg hergestellt. Dazu kommen die in der Nachkriegszeit erfolgten Expansionen der vom Glanzstoffkonzern kontrollierten und damit von der I. G. Farbenindustrie abhängigen I. P. Bemberg A. G. in Barmen. Von Bedeutung sind die Bembergischen Wackerwerke in Frankreich, Italien und auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo Bemberg in Gemeinschaft mit dem Glanzstoffkonzern ein großes eigenes Werk errichtet hat. Außerdem hat die Courtaulds Ltd. seit langem festen Fuß in den USA. gesetzt, wo die von ihr hergestellten Kunstseidenmengen für den Markt eine immerhin bedeutende Rolle spielen. Inwieweit dieses Gebilde die Kunstseidenindustrie der Welt kontrolliert, ist nicht genau festzustellen. Von Bankette, der Schwarz, Goldschmidt u. Co., Berlin, wurde vor kurzem behauptet, daß die von der I. G. Farbenindustrie in Zusammenarbeit mit dem größten Kunstseidenkonzern der Welt ausgeübte Kontrolle ungefähr 70 bis 80 Proz. der Weltproduktion ausmache. Von anderer Seite wird eine niedrige Quote genannt; jedoch kann man annehmen, daß die I. G. Farbenindustrie in der genannten Verbindung mehr als die Hälfte der Kunstseidenproduktion der Welt kontrolliert. Hier liegt auch die zweite Bedeutung der vollzogenen Fusion mit dem Pulver-Dynamit-Konzern. Wie der Pulverkonzern in Deutschland, so haben sich seine früheren Geschäftsfreunde vor allen Dingen die British Nobel Dynamite Co. und die amerikanische Du Pont de Nemours mit der Herstellung von Kunstseide beschäftigt. Insbesondere ist der Besitz der Firmen an Azetatseidepatenten immerhin etwas, das gerade für die neuen Projekte der I. G. Farbenindustrie von besonderer Bedeutung ist. Die englische bzw. die britische Gesellschaft stehen nun in einem bestimmten Verhältnis zu dem deutschen Pulver-Dynamit-Konzern. Man nimmt an, daß ungefähr 20 Proz. der Weltproduktion von den deutschen, britischen und amerikanischen Pulver-Dynamit-Gesellschaften kontrolliert werden. Die Kapitalmacht der Gesellschaften ist äußerst groß und durch die Verbindung der I. G. Farbenindustrie mit ihnen über die Köln-Rottweil A. G. entsteht ein Produktionsgebilde, das sich auf eine beispiellose finanzielle Basis in Höhe von 2 Milliarden Mark stützen kann.

An und für sich ist die Kunstseidenindustrie infolge ihrer starken finanziellen Anforderungen für das Monopol prädestiniert. Die völlige Vertrustung der Weltkunstseidenproduktion läßt sich auch zweifellos schneller und leichter vollziehen als die Vertrustung anderer Industrien. Es kommen nämlich neben den bisher aufgezeigten in Verbindung mit der I. G. Farbenindustrie stehenden Gruppen für den Welttrust nur noch wenige andere Kontrahenten in Frage, so z. B. das Comptoir des Textiles artificiels, Tubize, American Viskose Co. und die italienische Nica Biscofa. Inwieweit hier bestimmte Bindungen bereits vorliegen, ist bei der Undurchsichtigkeit der ganzen Materie natürlich sehr schwer zu sagen; doch aber Schritte in dieser Richtung unternommen worden sind, darauf deutet eine ganze Anzahl von Momenten hin. Vielfach wird behauptet, daß die in Deutschland viel erörterte Kunstseidenkonvention, die bekanntlich die deutschen Abnehmer generell auf die Belieferung durch die deutsche Konvention verweist, in diesem Zusammenhang betrachtet werden muß. Parallelbestrebungen zeigen sich auch überraschenderweise in anderen Ländern.

Wie jeder andere internationale Trust dürfte auch der R. S. R. vor allen Dingen Bedenken auf dem Gebiet der Preispolitik auslösen. Bekannt ist ja, daß die Kunstseidenproduktion es verstanden hat, die Preise so zu halten, daß beispiellose Retorgewinne erzielt worden sind. So erzielte die Viskose Co. in Belgien 1922, als man von einer Inflation des Franken sicherlich noch nicht reden konnte, bei einem Kapital von 5.250.000 Franken einen Reingewinn von 4.580.000 Franken = 86,2 Proz. des Kapitals. Tubize Co. in Belgien gibt für das Jahr 1924 bei einem Kapital von 25 Millionen Franken einen Reingewinn von 33.547.000 Franken = 133,12 Proz. des Kapitals an. In Deutschland dürften angesichts der Verbindung I. G. Farbenindustrie-Courtaulds Ltd. die Gewinne der letzteren Gesellschaft interessieren. Wir geben sie durch folgende Aufstellung wieder:

	Gewinn	Dividende
	Flr.	in Prozenten
1914	2 528 898	12,5
1915	3 604 507	20
1916	5 267 886	30
1917	9 942 894	30
1918	6 487 799	32,5
1919	11 084 984	40
1920	8 771 309	23,75
1921	8 187 122	11,25
1922	14 669 580	15
1923	16 120 377	15
1924	22 019 421	20

Außerdem erhielten 1924 die Aktionäre nicht weniger als 160 Millionen Mark gratis in fünfprozentigen Vorzugsaktien.

Bericht über die vierte Sitzung des Bundesausschusses des ADGB im Volkshaus zu Düsseldorf am 9. und 10. Juli 1926.

I.
Beipart eröffnet die Tagung und begrüßt die zum ersten Male zu einer Sitzung des Bundesausschusses erschienenen Vertreter der Behörden. Die Gewerkschaften müssen Wert darauf legen, daß vor allem die Vertreter der interessierten Reichsbehörden nicht nur alle drei Jahre einmal, zu den Gewerkschaftskongressen, die Gäste der Gewerkschaften sind, sondern daß auch außerdem in dringenden Fällen Gelegenheit geboten werde zu einem Meinungsaustausch zwischen den Beauftragten der organisierten Arbeiterschaft

und den Vertretern der Regierung. Leipart begrüßt im einzelnen den Reichsarbeitsminister Dr. Curtius und den als Vertreter des Reichsarbeitsministers erscheinenden Ministerialdirektor Dr. Weigert, den Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung Dr. Spruy, den Regierungspräsidenten Bergemann, der zugleich den Oberpräsidenten vertritt, dann den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Dr. Lehr, und den Landeshauptmann Dr. Horion sowie Professor Dr. Schloßmann, den Leiter der Gefolci.

Damit der wesentliche Zweck der gegenwärtigen Tagung des Bundesauschusses deutlich in den Vordergrund rücken möge, schlägt Leipart vor, den Bericht des Bundesvorstandes zurückzustellen und sofort mit der Beratung des zweiten Punktes der Tagesordnung „Die Lage des Arbeitsmarktes und die Erwerbslosenfürsorge“ zu beginnen. Die Gewerkschaften haben, fügt Leipart hinzu, längst auf die Dringlichkeit des Problems der Arbeitslosigkeit hingewiesen, aber nun beschäftigt sich in letzter Zeit die gesamte Öffentlichkeit mit außerordentlichem Eifer mit dieser Frage, worin ein Zehden dafür zu erblicken sein dürfte, daß die Erkenntnis vom Ernst der Lage des Arbeitsmarktes sich verbreitet. Der Bundesvorstand werde bei dieser Gelegenheit über seine Bemühungen in dieser Frage berichten. Leipart weist dann darauf hin, daß die große Ausstellung der Stadt Düsseldorf bestimmend war für die Wahl des Tagungsortes. Aber nicht nur Schaulust führe die Vertreter der Gewerkschaften zur Ausstellungsort, sondern der Bundesauschuss will durch seine Anwesenheit das starke Interesse der Gewerkschaften am Gegenstand dieser Ausstellung bezeugen und zugleich die Grüße der Arbeiterchaft der Stadt Düsseldorf und der Ausstellung übermitteln. Der Bundesauschuss möge zum Zeichen dieses Interesses und zum Ausdruck dieses Grußes folgende Entschließung annehmen:

Allgemeine Entschließung.

„Die Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen hat den Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veranlaßt, seine Fragen der Erwerbslosenfürsorge und des Unfallchuhes dienende Tagung in Düsseldorf abzuhalten. Der Bundesauschuss begrüßt das großartige und bedeutungsvolle Werk dieser Ausstellung, an deren Entfallen die gleichen Ideen mitgewirkt haben, die auch von den Gewerkschaften im Interesse der Arbeiterchaft vertreten werden. Körperliche und geistige Gesundheit, sozialer Schutz der Arbeitskraft, Fürsorge für Hilfsbedürftige, alle diese dem Volksganzen dienenden Bestrebungen sind stets auch Bestrebungen der deutschen Gewerkschaften gewesen. Wenn daher der Bundesauschuss das Zustandekommen dieser Ausstellung als einen Beweis der Stärkung dieses sozialen Geistes würdigt, so gibt er zugleich seiner Hoffnung Ausdruck, daß auch in schweren Zeiten dieser Geist nicht verloren gehen wird, sondern daß die Bedeutung des Menschen in der Wirtschaft und die Notwendigkeit der Erhaltung und Pflege der Arbeitskraft mehr als bisher erkannt wird. Nicht zuletzt erwartet der Bundesauschuss diese Erkenntnis von den zuständigen Regierungsstellen und von der parlamentarischen Vertretung, die bei der Veranschaulichung sozialpolitischer Gesetze die Verantwortung für des Volkes Gesundheit und Wohlergehen auf sich nimmt.“

Die Entschließung wird vom Bundesauschuss ohne Widerspruch angenommen.

Im Namen der Stadt Düsseldorf und der Stadtvertretung gibt Oberbürgermeister Dr. Lehr sodann seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Bundesauschuss Düsseldorf als Tagungsort gewählt hat. Zugleich mit dem an den Bundesauschuss gerichteten Gruß der Stadt Düsseldorf spricht der Oberbürgermeister im Namen des Landeshauptmanns die Grüße der Rheinprovinz aus.

Regierungspräsident Bergemann, der nach dem Oberbürgermeister das Wort ergreift, um den Bundesauschuss zu begrüßen, erinnert an die innigen persönlichen Beziehungen, die er seit langer Zeit zur Gewerkschaftsbewegung hat.

Sodann beginnen die Beratungen über die Lage des Arbeitsmarktes und die Erwerbslosenfürsorge. Als Berichterstatter erhält der Vertreter der sozialpolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, Dr. Broecker, das Wort. Er führt aus:

„Der minimale Rückgang der Erwerbslosigkeit im ersten Halbjahr dieses Jahres hat die pessimistischsten Erwartungen übertroffen. Die

Frühjahrskonjunktur für Baugewerbe und Landwirtschaft hat eine nur geringe Beeinflussung des Arbeitsmarktes im günstigsten Sinne bewirkt. Am 15. Februar betrug die Zahl der Hauptunterstützten 2.058.853, sie verminderte sich bis zum 15. März auf 2.017.461, am 15. April auf 1.883.626, am 15. Mai auf 1.734.429 und stieg bis zum 15. Juni wieder auf 1.749.111. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen ist noch um 25 bis 30 Proz. höher zu schätzen.

Die Zahl der Ausgesteuerten braucht noch nicht allzu hoch angenommen zu werden, doch waren am 15. Juni bereits 276.000 Erwerbslose über sechs Monate und 856.000 über drei Monate unterstellt.

Am schwersten betroffen sind immer noch das Baugewerbe mit nach der freigewerkschaftlichen Statistik 22,9 Proz. Arbeitslosen, Bekleidungsarbeiter mit 23,2 Proz., Textilarbeiter 19,9 Proz., Futurarbeiter 36,4 Proz., Schuhmacher 32,3 Proz., Lederarbeiter 25,2 Proz., Sattler und Portefeuliker 31,7 Proz., Tabakarbeiter 87,8 Proz., bei den Metallarbeitern schließlich 20,8 Proz. und bei den Holzarbeitern 28,9 Proz.

Die Zahl der Kurzarbeiter entspricht ungefähr der Zahl der Voll-erwerbslosen.

Die Ursachen der heutigen Arbeitslosigkeit sind zu suchen vor allem in dem Mißverhältnis zwischen der Produktionsfähigkeit unserer Industrie und der Absatzmöglichkeit auf dem In- und Auslandsmarkt. Immer größere Massen werden auch infolge der technischen und organisatorischen Rationalisierung arbeitslos. Eine besondere Notlage ist im Bergbau zu verzeichnen. Eine Reihe von Industrien werden durch das Dumping der Infalationsländer bedroht.

Aufgabe ist es heute einmal, der akuten Notlage des Millionenheeres der Arbeitslosen durch eine nach Höhe und Dauer ausreichende Unterstützung zu steuern, zweitens alles in die Wege zu leiten, was der Behebung der Wirtschaft insgesamt dienen kann und dort, wo sie aus sich heraus nicht alle möglichen Arbeitsgelegenheiten ausnützt, nachzuhelfen und berartige Arbeiten gegebenenfalls aus öffentlichen Mitteln zu fördern.

Das Referat des Wirtschaftsministers Dr. Curtius bringen wir an anderer Stelle.

Zweiter Verhandlungstag.

Bei Eröffnung der Sitzung am zweiten Verhandlungstag faßte der Bundesauschuss einstimmig den Beschluß, in einem Aufruf an die deutsche Arbeiterjugend den Jugendtag zu begrüßen. Dann folgt der Vortrag des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung, Dr. Spruy, welches wir an anderer Stelle wegen seiner Wichtigkeit zum Ausdruck bringen.

An das Referat des Präsidenten der Reichsverwaltung schloß sich eine Diskussion nicht an. Der Bundesauschuss nahm die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung, die wir im nachstehenden zum Ausdruck bringen, einstimmig an.

Entschließung betreffend Arbeiterschuh.

„Der Bundesauschuss nimmt mit großem Interesse davon Kenntnis, daß der dem Arbeiterschuh gewidmete Teil des Reichsarbeitsblattes und mit ihm die Sonderausgabe „Arbeiterschuh“ künftig in erhöhtem Maße dem Verständnis und Gesichtskreis breiter Arbeitnehmerschichten angepaßt werden soll. Da die Durchführung dieser Absicht wesentlich auf der größeren Verbreitung des Reichsarbeitsblattes und der Zeitschrift „Arbeiterschuh“ in Arbeitnehmerschichten und auf deren Mitarbeit beruht, fordert der Bundesauschuss die ihm angeschlossenen Verbände auf, in ihren Reihen, insbesondere bei Betriebsräten, Gewerkschaftsfunktionären und Arbeitervertretern, für den Bezug des Reichsarbeitsblattes bzw. der Sonderausgabe „Arbeiterschuh“ zu werben und durch Mitarbeit, Gedanken und Anregungen der Arbeitnehmerschaft zu den praktischen Fragen des Arbeiterschuhes den Arbeiterchuhorganen weiterhin näherzubringen.“

Der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie, Prof. Dr. H. H. H. (Berlin), hielt einen Vortrag über „Aufgaben und Ziele der Arbeitsphysiologie“.

Leipart erinnert daran, daß der Bundesauschuss in einer früheren Sitzung beschlossen hatte, daß der Bundesvorstand in das Kuratorium des Instituts für Arbeitsphysiologie eintreten und auch einen finanziellen Beitrag leisten solle. Der Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hat kürzlich beschlossen, an den Ausbau dieses Instituts heranzutreten. Es ist zu diesem Zweck eine Kommission gebildet

worden, in der auch der Bundesvorstand vertreten ist. Die Gewerkschaften, die an dem Fortgang der arbeitsphysiologischen Untersuchungen lebhaft interessiert sind, werden sich auch für die Ausgestaltung des Instituts tatkräftig einsetzen.

Der Direktor der Wirtschaftsschule in Düsseldorf, Dr. Seelbach, gab dann einen interessanten Ueberblick über die Tätigkeit und die Einrichtungen der ihm unterstellten Schule.

(Fortsetzung folgt.)

Nietlich scheidet aus dem Verbandsdienst.

Der Kollege Nietlich hat durch Schreiben vom 5. Juli aus seinem Ferienaufenthalt um Entbindung vom Verbandsdienst ohne Einhaltung der festgelegten Kündigungsfrist ersucht. Der Verbandsvorstand hat durch Beschluß vom 7. Juli der Bitte entsprochen. Kollege Nietlich wird also nicht wieder in den Verbandsdienst zurückkehren.

Wie ich Frankreich wieder fand.

Von Fritz Kummer III.

Im einstigen Kriegsgebiet.

Paris ist bedeutend weniger industrialisiert als etwa Berlin oder Wien. Zwar sind in seinem Reichsgebiet die letzten zwei Jahrzehnte mächtige Unternehmen, wie die Autowerke von Citroen und Renault, entstanden, aber die Belegschaften der großen Fabriken bilden doch nur einen Bruchteil der kleingewerblichen Masse. In Paris, dem Regierungssitz eines weiten Landes und dem hervorragenden Mittelpunkt des internationalen Fremdenverkehrs, nehmen die Gewerbe einen breiten Raum ein, die für Wohnung, Nahrung, Unterhaltung und Luxus sorgen. Zu der zahlenmäßigen Schwäche des großindustriellen Proletariats kommt noch sein Zerstreutsein auf ein weites Gebiet, was seine Sonderheit am Entwickeln hindert oder vermischt. Sein Geist und Lebensart sind kleinstädtischeren Schöpfung entprossen, und beide hat dank der eben geschilderten Zustände die industrielle Neuzeit noch nicht viel zu modern verlust. Folgedessen müde der, der die französische Industriearbeiterchaft nur in Paris studierte, ein sehr unzulängliches Bild erhalten.

Will man in Frankreich eine in Gefinnung und Eigenart schon ausgeprägte Industriearbeiterchaft finden, so muß man in die Provinz, so beispielsweise in die industriereichen Bezirke des Nordens gehen, die Lille oder Lens zum Mittelpunkt haben. Der Weg dorthin führt durch das einstige Kriegsgebiet. Man kommt an Orten wie Compiègne, St. Quentin, Cambrai usw. vorüber, die vor ein paar Jahren im Munde der ganzen Welt waren. Zu beiden Seiten der Bahn noch ununterbrochen verwüstete Wälder und Häuser. Diese Zeugen des vierjährigen Kampfes zum Schutze der Zivilisation und des heimischen Herdes sind indes in raschem Schwinden begriffen. Am 1. Januar 1926 waren von den 866.844 zerstörten oder beschädigten Behausungen 521.913 wieder erbaut oder ausgebessert; von den 17.616 öffentlichen Bauwerken sind 11.343 wieder errichtet oder repariert, und von den 9332 Industriunternehmen (mit mindestens zehn Beschäftigten) sind 8228 aufs neue im Gange. Die Straßen, Bahnen und Ackerflächen sind bis auf Bruchteile hergerichtet, der Wald jedoch braucht noch viele Jahre, bis er wieder emporgewachsen ist.

Man kann den Gesamtaufwand für den Wiederaufbau auf 102 Milliarden Franken annehmen. Davon sind 85 Milliarden an die Beschädigten zu entrichten, und zwar 26 für industrielle, 20 für landwirtschaftliche und 40 Milliarden für sonstige Schäden. Am 31. Dezember 1922 waren insgesamt 79 Milliarden ausgezahlt, so daß noch 23 Milliarden zu entrichten sind. 21 Gemeinden sind ganz verschwunden und sollen nicht wieder aufgebaut werden.

Viele der zerstörten Dörfer und Städte nehmen die Gelegenheit wahr, ihr Ortsbild zu verbessern, indem sie die Gassen breiter und gerader, die Gebäude sauberer und gesunder machen. Eine Notwendigkeit, auf deren vollständige Erfüllung nun freilich wachsender Wert gelegt zu werden scheint. St. Quentin zum Beispiel, ist fast ganz wieder hergestellt. Es hat kurz vor meinem Dortsein seinen neuen recht geräumigen und prächtigen Bahnhof in Betrieb genommen. Die Umwühlerei vor dem Bahnhof läßt eraten, daß dort an Stelle des Budengestrüpps ein ansehnlicher Platz geplant ist. In der Stadt selbst nur hie und da noch eine Ruine. An der Kathedrale muß allerdings der größte Teil der Herstellungsarbeit noch geleistet werden. Ihr Inneres ist ganz mit Baugerüst gefüllt. Hier, im Vorraum des Kirchenchiffes, fand ich, übrigens die einzige, Kriegserinnerung von französischer Hand, die einen bitteren Beigeschmack für uns Deutsche hat. Auf einer Wandtafel stand — aus dem Gedächtnis überseht — so lesen:

„Besucher! Erinnert euch, daß die Deutschen siebzig Löcher in die Säulen, die das Kirchenchiff tragen, gebohrt hatten. Damit sie ihre Absicht kundgegeben haben, die ganze Kirche zu zerstören. Daran wurden sie nur dadurch gehindert, daß die Franzosen 24 Stunden früher als erwartet kamen.“

Die Hauptstadt des kohlereichen Bezirks Mas de Calais, Lens, die im Kriege ganz zerstört wurde, ist neu erstanden, wenn auch nicht ganz, denn es wird noch in jeder Gasse an vielen Stellen Geraden und gemauert und gepußt und allerwärts liegen noch zerstörte Grundmauern. Sehr eilig scheint man es mit dem Wiederaufbau nicht mehr zu haben, nur am Bahnhof, einem langen mehrstöckigen Betonbau, wird eilig geschäft. Nach der Ursache der Saumseligkeit im Bauen befragt, erwiderten ein paar Bergleute: das erste, was die Regierung rath wieder aufgerichtet haben wollte und wofür sie Geld freigebig gegeben hätte, seien Kirche, Kaiserin, Gericht und Gefängnis gewesen, dann auch die Schulen. Dies alles sei wieder da, und nun, wo es sich nur um Wohnhäuser handelt, sei die amtliche Freigebigkeit arg eingeengt. Ganz so schlimm scheint es indessen nicht zu sein. Um ganz Lens herum erblickt man nagelebte Fördergerüste der Zechen, sämtlich mit Beton überdacht, um sie gegen Wind und Wetter zu schützen. Die Zechenhöfe sind jetzt bläulich, und um den Zechenherd herum ziehen sich lange Reihen ein- und zweistöckige Backsteinhäuser, die von den Bewohnern für die Bergleute errichtet wurden und zu einem prächtigen Mietplatz abgegeben werden. Auch das Gewerkschaftshaus von Lens, das dem Bergarbeiterverband vom Pas de Calais gehört, ist wieder im Betrieb. Gewerkschaftshäuser sind in Frankreich eine sehr seltene Sache, zumal von solchem Ausmaß und Eindringlichkeit wie das von Lens.

Drei Millionen ausländische Arbeiter.

Seit dem Kriege erfreut sich Frankreich einer beispiellosen Gebühlsblüte. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete stellt beträchtliche Anforderungen an die Industrie, und die allgemach stärker werdende Inflation trug zur Förderung der Warenexporte merklich bei. Den außergewöhnlichen Bedarf an Arbeitskräften konnte die durch den Krieg geschwächte Bevölkerung nicht decken. Das Unternehmertum, von antilichen und halbamtlichen Körperlichkeiten unterstützt, suchte den halben Erdball nach Arbeitern ab. Der Wettbewerb kam die Wirtschaftsmacht mancher Staaten wohl zutreten.

So konnte es kommen, daß in den Jahren von 1921 bis 1925 die Zahl der in Frankreich befindlichen Ausländer von 1,7 auf 2,85 Millionen emporstiege. Inzwischen dürfte sich die Zahl der Fremden auf über 3 Millionen gesteigert haben, denn die Zuwanderung ist immer noch beträchtlich. 1924 wanderten 276.000, 1925 176.000 ein, und der Zuwachs von 1926 wird, wie manche Zeichen annehmen lassen, kaum geringer sein. Fast alle Gewerbe, vornehmlich aber der Bergbau, die Landwirtschaft, die Textilindustrie und das Bauhandwerk, sind stark mit Fremden durchsetzt. In den Departementen des Nordens machen die Fremdlinge mehr als die Hälfte der 241.000 Köpfe betragenden Bevölkerung aus. Sie zu kommen noch mehr als 50.000 belgische Sachverständige — dort „Franzmann“ genannt — die tagtäglich nach Frankreich kommen, um zu arbeiten. Daß bei einer solchen Masse Fremder manche Bezirke oder Orte zu wahl-

Gemeinsam freut du dich der Tat. Ein zweiter kommt, sich anzuschließen. * FRAUENTEIL * Mitmachen will er, mitgehen: Verdienst ist so Kraft und Tat.

Recht und Schutz der weiblichen Arbeitnehmer.

Von Paul Kramer, Barmen. (Fortsetzung.)

Zahlenmäßig hat die Erwerbstätigkeit der Arbeiterinnen in fast allen Industrieländern, besonders in der Metall- und Textilindustrie ungeachtet Formen angenommen. In zunehmendem Maße ist die Anteilnahme des weiblichen Geschlechts an dem Produktionsprozesse fortwährend gewachsen. Nach der letzten im Jahre 1904 stattgefundenen Berufs- und Gewerbebeziehung des deutschen Reiches betrug die Zahl der Erwerbstätigen weiblichen Geschlechts schon über 30%. Diese Zahl ist in den letzten vergangenen Jahren stark angewachsen, so daß nach sachmännlicher Schätzung die Zahl von 40 Proz. bereits überschritten sein soll. Vielleicht bringen die neueren statistischen Veröffentlichungen ein ähnliches, oder noch erschreckenderes Bild. Damit erwacht uns nicht nur ein weites unbegrenztes Feld der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fürsorge im Rahmen des Arbeiterschutzes, sondern es harret damit überhaupt ein schwieriges Gebiet in Gegenwart und Zukunft nach der eingehenden Lösung. Betrachten wir uns nun die gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen, die zum Schutze der erwerbstätigen weiblichen Arbeitnehmer geschaffen sind, etwas näher, soweit sie praktischen Wert in sich tragen.

Dabei erkennen wir zunächst, daß die für erwachsene Männer bestehenden Schutzvorschriften in erhöhtem Maße durch besondere Schutzvorschriften für Frauen Anwendung finden. Der erhöhte Schutz der Frauen soll übermäßige Abnutzung vermeiden, ihre besonderen Bedürfnisse berücksichtigen, auf daß die natürlichen Aufgaben der Frauen in bevölkerungspolitischer Hinsicht gewahrt bleiben.

Einmal ist es der Betriebschutz, der die Arbeitnehmer gegen die im Betrieb auftretenden Gefahren des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit schützen soll. Einzelne eng umgrenzte Arbeiten sind für Frauen verboten; z. B. die Tätigkeit in Kokerereien und das Transportieren von Baumaterialien. Daneben besteht eine gewisse Sicherung während der Zeit der Niederkunft. Allerdings nur eine billige Maßnahme von ganz und gar unzulänglicher Art. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen muß vor und nach ihrer Niederkunft im ganzen acht Wochen unterbleiben. Erst sechs Wochen nach der Niederkunft kann die Arbeit wieder aufgenommen werden, d. h., wenn zwei Wochen vorher die Beschäftigung eingestellt wurde, sonst erst nach acht Wochen. Der Lohnausfall der Wöchnerin wird durch die Wochenhilfe der Sozialversicherung in etwas ausgeglichen. Die schwächeren Arbeiterinnen dürfen also bis zur Entbindung beschäftigt werden. Das Höchstmäß des Schwangerschutzes kann also nur zwei Wochen betragen. Fast ist es unmöglich, sich diese hochschwangeren Frauen bei ihrer anstrengenden Berufstätigkeit vorzustellen. Höchste Zeit ist es, diesem nichtswürdigen Zustand zu steuern, um dem unglücklichen Frauentum abzuwehren. Zu groß sind die Gefahren der erwerbstätigen Frauen bei Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und Aufzucht der Kinder, zu groß die Nachwirkungen für Gesundheit und Schicksal unseres Volkes. Durch die unermüdete Tätigkeit der Gewerkschaften, vorbildlich und bahnbrechend besonders durch den Deutschen Textilarbeiterverband, sind bereits Erfolge errungen, die sich in Bälde noch besser auswirken werden. Anstellung von Fabrikärzten u. a. mehr sind gefordert, da-

neben Eingaben und Gutachten an die verantwortlichen staatlichen Organe und an die Parlamente gerichtet, um einen durchgreifenden Schutz zu verbriefen. Damit zusammenhängend ist weiterhin der Schutz über die Dauer der Beschäftigung zu beachten.

(Schluß folgt.)

Bericht von den Frauengruppen Neugersdorf.

Am 30. Juni hatte die Frauengruppe des Deutschen Textilarbeiterverbandes für Seiffenhendorf einen Frauenabend ins Restaurant „Zur Kanone“ einberufen. Es war dies seit zwei Jahren das erstmalig wieder, wo man an diesem Orte zusammenkam, und man kann wohl sagen, daß der Besuch die Notwendigkeit solcher Abende bekräftigte.

Die Kollegin Anna Scholz, Ebersbach, sprach über das Thema „Schwangerschaft und Frauenleid“. In klaren und sachlichen Ausführungen schilderte die Referentin die schweren Schädigungen, denen erwerbstätige Textilarbeiterinnen im Zustande der Schwangerschaft ausgesetzt sind.

Zu Punkt 2 sprach Koll. Helfrich über Gewerkschafts- und Betriebsangelegenheiten. Diese beiden kurzen Referate veranlaßten die Anwesenden zu reger Aussprache.

Die Reutersdorfer Frauengruppe, die mit ihren Sängern in stattlicher Anzahl erschienen waren, verschönten den Abend durch Vorträge. Ein tüchtiger Klavierspieler sorgte für die musikalische Unterhaltung. Die Kolleginnen von Seiffenhendorf werden mit Ungebuld den nächsten Frauenabend erwarten, da die Stunden zu schnell verfloßen, damit sie sich wieder einmal im Kreise Gleichgesinnter so recht frei von des Tages Bitterkeit fühlen. Auch einige Kolleginnen der Neugersdorfer Frauengruppe waren anwesend und freuten sich über den schönen Verlauf dieses Abends.

Die Kolleginnen der Ortschaften Ebersbach, Ober- und Niederriedersdorf kamen am Sonnabend, den 10. Juli im Kretscham in Niedersriedersdorf zusammen, um sich erstmalig einen Vortrag über „Internationalen Arbeiterinnenbund“ von der Kollegin Emma Lippmann, Neugersdorf, anzuhören.

In gut geordneter Reihenfolge schilderte sie die Fürsorge, die andere Staaten den Arbeiterinnen zuwenden. Auf die Kinderarbeit eingehend, besprach Rednerin die Ausnutzung der Arbeitskraft der Kinder, die in manchen Staaten schon bei den Kleinsten im partesten Alter beginne. Sie betonte, daß weitestgehende Kinderbeschäftigung international geschaffen werden müßten. Auch der Arbeiterinnenbund müsse einheitlich international besser geregelt werden, als dies bisher geschehe.

Die vortrefflichen Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. Hierauf sprach die Kollegin Anna Scholz, Ebersbach, über „Die Leiden der wertigen Textilarbeiterinnen als Mutter“. Sie forderte alle Kolleginnen auf, für ihre ihnen so naheliegenden Interessen tätig zu sein, nur so könne Abhilfe dieser traurigen Zustände geschaffen werden.

Ueber den zweiten Punkt „Gewerkschaftliches“ sprach der Kollege Helfrich. Es kam hierauf eine rege Aussprache zustande. Im darauffolgenden gemüthlichen Teil sah man noch einige Stunden bei froher geselliger und musikalischer Unterhaltung verkommen.

haftigen Babeln geworden sind, läßt sich denken. Im Pas de Calais, einem Departement von etwas über eine Million Einwohner, sind nach einer Aufstellung der Präfektur, nicht weniger als 30 Nationen mit 95 615 Köpfen vertreten. Die Polen mit fast 53 000 sind die zahlreichste Gruppe, der der Menge nach die Belgier, Tschechen, Italiener usw. folgen. Auch Türken, Marokkaner, Hallander, Weggier und ähnliche Völkergemeinschaften sind vorhanden. Die deutsche Kolonie ist 56 Mann stark.

Die Zusammenballung von solchen Massen landes-, sprach- und sittenfremder Arbeiter muß Schwierigkeiten für Gesellschaft, Staat und Gewerkschaftsbewegung zeitigen. Die Möglichkeiten sind jedoch, wenn ich den Mitteilungen glauben darf, noch im Zustande der Unbedenklichkeit, und die einheimischen Gewerkschaftsleute hielten ihre Meister für nicht gerade schwer. Diese Kostlosigkeit ist wohl auf den Umstand zurückzuführen, daß die Industrie in vollem Gange ist und ein Arbeitslofer sehr zu den Seltenheiten gehört. Demzufolge hüten sich die Unternehmer, die Fremden zu Lohndruck und Verdrängung der eingeborenen Arbeiter zu mißbrauchen. Und dank des dringenden Bedarfs an Leuten vermögen die Gewerkschaften, so gering an Zahl sie auch sind, ihren Einfluß erfolgreich geltend zu machen. Man möchte wünschen, daß es auch dann noch so bliebe, wenn der Wiederaufbau zu Ende und der Franten stabilisiert wird, kurz wenn die beiden wesentlichen Ursachen der jetzigen Geschäftslage und der Arbeiterknappheit geschwunden sind.

Die gewerkschaftliche Vereinigung der sprachfremden Hausen hat natürlich ihre Schwächen. Es ist nur im Bergbau vermöge seiner günstigeren Voraussetzungen gelungen, eine nennenswerte Zahl, besonders Polen, zu vereinigen. Unter den Polen sind sehr viele, die lange Zeit in Deutschland gearbeitet haben, wenn nicht da geboren sind. Mit diesen ist die berufliche wie gewerkschaftliche Zusammenarbeit leichter als mit anderen Fremden. Seltenerweise — nein, leicht erklärlicherweise — legen gerade diese (deutschen) Polen allen Nachdruck auf ihre polnische Nationalität. Mit den polnischen Arbeitern sind auch Priester aus ihrer Heimat gekommen, die von den Unternehmern beobachtet und bezahlt werden. In welchem Sinne und zu weissen Nutzen diese Geistlichen ihr Amt ausüben, braucht nicht gesagt zu werden. Daß die französischen Gewerkschaftler die Tätigkeit der fremden Priester mit gebührender Geneigtheit verfolgen, läßt sich denken.

Das Verhältnis der fremden Proletarier zu den eingeborenen habe ich allermehr besser gefunden, als ich annehmen mochte. Der erfreuliche Zustand ist in hohem Maße darauf zurückzuführen, daß die Fremdlinge keine Beschlecherer der Arbeitsbedingungen sind. Immer wieder wurde betont, daß kein eingewandertes Mann billiger schaffe als der einheimische. Die Fremden sind in Sachen der Bezahlung, der Arbeitszeit, der sozialpolitischen Rechte usw. genau so gestellt wie ihre französischen Kollegen. Ihre Gleichberechtigung ist in den Arbeitsverträgen; die sie noch in ihrer Heimat abschlossen, alle paar Paragraphen ausdrücklich verbürgt. Außerdem sind Lohn, Wohngelegenheit, Nahrungsmittel und ähnliches mehr ausdrücklich festgelegt. Uebrigens macht auch die heimische Regierung durch ihre Konzepte über die strenge Einhaltung der Verträge durch die Unternehmer.

Wann und wo hätte sich jemals eine deutsche Regierung ausgedehnter deutscher Arbeiter so angenommen, wie es beispielsweise die italienische, tschechische oder polnische Regierung tun? Hier wäre für eine deutsche Regierung eine prächtige Gelegenheit, für die Erhaltung des Deutschtums im Auslande zu sorgen.

Aus der Textilindustrie.

Der schützlose Webstuhl

Ueber den Gabelschen Webstuhl macht in der „Frankfurter Zeitung“ vom 14. Juli 1926 Dipl.-Ing. Uhlemann recht interessante Ausführungen. Einleitend seines Artikels schreibt er, daß „in der Gabelschen Webmaschine einem deutschen Erfinder ein großer Wurf gelungen sei“ und knüpft daran die Behauptung, daß diese Erfindung für die gesamte Textilindustrie eine Umwälzung bringe, deren Auswirkungen zunächst nicht abzusehen seien. Er weist darauf hin, daß der ganze Mechanismus der Schlagrichtung, sowohl die Schlagzenterröhre, Zylinder, Schlagrolle, Schlagwelle, Schlagstiel mit Schlagriemen und Pöcker und der Schütze fortfällt. Es ist ganz natürlich, und das weiß jeder Fachmann, daß mit der Ausschaltung des Schlagsystems an dem Webstuhl ein ungeheurer Fortschritt erzielt wäre. Gerade durch das Schlagsystem leiden die Kettfäden und auch der Schütz ungemehr, wodurch Kettfäden- und Schützefädenbrüche entstehen, die den Webprozeß fortwährend stören und aufhalten. Wenn auch bei dem neuen System die Fädenbrüche nicht ganz verhindert werden, so würden sie aber doch ganz bedeutend herabgemindert werden. Ueber die technische Seite dieser Erfindung schreibt Herr Uhlemann folgendes:

Bei der automatischen Webmaschine „Schützlos“ wird der Schütz auf denkbar einfachste Art eingetragen: Drei Maschinenenteile, die im Webersen an die Form von Ruten beim Rutenweberstuhl erinnern, sind in die Maschine so eingebaut, daß sie zwangsläufig — nicht frei fliegend wie der Schütz — von der Seite angetrieben und entlang dem Blatt geführt, den Schützfasen in das Fach einführen. An den Spigen der Ruten sind besondere Mechanismen angebracht, die man vielleicht als eine Kombination von Haken- und Jungennadel, ähnlich wie an Wirk- und Strickmaschinen, ansehen kann.

Das Arbeitspiel der neuen Webmaschine ist so klar zu machen: Der rechte Greifer I bringt von rechts einen Schützfasen bis zur Mitte des Faches, der linke Greifer II trifft dort mit I zusammen, räumt I den Schütz ab und führt ihn nach der linken Seite des Faches, so daß nun der Schützfasen über die gesamte Breite des Faches verläuft. Die Bewegung der Greifer geht dann noch etwas über den Rand der Kette an jeder Seite hinaus, so daß ein Stück Schützfasen über die Kettenbreite hinausragt. Dieses Stück wird durch eine Schere abgeschnitten, umgelegt und angehängen und bildet so auf beiden Seiten die Webfalte. Die Webfalte ist dicht und fest. Dann führt Greifer II von links Schütz bis zur Mitte, wo er mit Greifer I zusammentrifft, der nun seinerseits den von links eingegeführten Schützfasen nach rechts durchführt. Wie diese Arbeiten erfolgen ganz automatisch. Das Schützmaterial hängt in großer, dicken Kreuzspulen über dem Stuhl, wird von der Spule durch einfache Vorrichtungen abgezogen und in die Greiferaugen eingeführt. Der eingetragene Schütz wird selbstverständlich angehängen. Die Weberschalter zeigen die übliche Form, auch die Aufwählung der jetzigen Ware. Bei der Befestigung machte die Maschine 180 Touren in der Minute, es wurde ein dichtes und sehr feines Kettgewebe gewebt. Aus höchste überraschend war die Einfachheit der ganzen maschinellen Anordnung. Die Steuerung der Greifer erfolgt durch Kurvenrädchen. Auffallend war auch der ruhige Gang, der von dem Lärm eines normalen Schützenwebstuhles angenehm abwich. Da die Zugbeanspruchung des Schützfasens gering ist, so können auch sehr weich gedrehtes Schützgarn und mildere Sorten Verwendung finden, ohne daß, wie sonst am Schützenwebstuhl, bei solchem Schütz fortgesetzte Fädenbrüche zu befürchten sind.

An der neuen Maschine sind natürlich Schütz- und Kettenfädenweber ohne weiteres anzubringen. Da das Fach durch die dünne Kreuzform der Greifer keine große Öffnung braucht, so wird auch die Kette gefachert und wird weniger Kettfädenbrüche zeigen als bei hohem Fach. Ein Stillstand der Maschine, wie beim Schützenwechsel, kommt gar nicht in Frage, weil sie von den großen Spulen ablos webt, bis die Kette aufgearbeitet ist. Ein pausenloses Arbeiten an Schütz kann vor Beginn der Arbeit leicht über dem Stuhl aufgehoben werden, da derartige Spulen bereits bis zu 500 Meter Schützgarn tragen.

Ein weiterer Vorteil besteht darin, daß man als Schützspulen auch die üblichen Kreuzspulen verwenden kann, die für die Kettfäden verwendet werden. In gleicher Weise kann auch „bunt“ gewebt werden, es ist dabei nur nötig, verschiedenfarbige Spulen zu verwenden.

Ferner ist vorteilhaft, daß die Maschine aus jeder Stellung anläuft. Die Geschwindigkeit der Maschine ist sehr hoch. Wenn schon Erfinder für moderne Verhältnisse als Regel angibt, daß ein gewählter Weber beim Webstuhl mit automatischem Schützenwechsel 12 bis 16 Webstühle bedienen kann, so wirkt noch viel überwälziger, daß beim schützlosen Webstuhl gar kein „gewählter Weber“ notwendig ist, und daß bei der verblüffenden Einfachheit des neuen Stuhles ein angelernter Arbeiter ohne weiteres bis zu 24 „Schützlosen“-Webstühle bedienen kann. Unfälle durch herausgeschleuderte Schützen und die deshalb erforderlichen Schutzvorrichtungen fallen überhaupt weg.

Wichtig ist, daß auf der neuen Webmaschine alle Textilrohstoffe verarbeitet werden können, ganz gleich, ob es sich um Wolle, Baumwolle, Jute oder einen anderen Stoff handelt. Auch von der feinsten bis zur größten Nummer kann jedes Garn verarbeitet werden. Beim bisherigen Weben erforderte jeder Fasertyp besondere Einrichtungen am Webstuhl und am Schützen; so war ein Schützen für Jute nicht verwendbar für Wolle und umgekehrt.

Wir hatten noch keine Gelegenheit, diese Neuerung in Arbeit zu sehen und können uns deshalb ein Urteil nicht erlauben. Wir wollen mit dem Ausdruck der Ausführungen in der „Frankfurter Zeitung“ unsere Leser auf diese Neuerung und die daran knüpfenden großen Erwartungen hinweisen. Vielleicht sind unsere Kollegen dort, wo diese Webmaschine im Gange ist, in der Lage, uns einige sachdienliche Mitteilungen zugehen zu lassen, damit wir schließlich in der Lage sind, den Lesern des „Textilarbeiter“ noch mehr von dieser Neuerung mitteilen zu können. Durch unseren internationalen Vertrauensmann ist uns die Mitteilung geworden, daß man schon anderwärts versucht hat, auf ähnliche Art den Webprozeß anders zu gestalten und daß sich die Erfindungen auf diesem Gebiet bisher als unbrauchbar erwiesen haben.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit innerhalb der Mitgliedschaft.

Während die Kurzarbeiterzahl bis zum März, die Arbeitslosenzahl bis zum April unentwegt stieg, konnte man bei der Zählung des Vormonats wenn auch keine nennenswerte Besserung, so doch wenigstens ein Stoppen des monatlangen Abwärtsgehtens feststellen. Es scheint, daß damit der Wendepunkt erreicht war, denn die Ziffern der Zunahme weisen deutlich nach aufwärts. Die Arbeitslosigkeit zwar hat nur um 1/2 Proz. der Mitglieder nachgelassen, doch ist die Kurzarbeiterziffer um volle fünf Proz. zurückgegangen.

Die leichte Besserung ist jedoch nicht allgemein. Sie ist vor allem auf ein Zeichen in der Wollindustrie zurückzuführen, während z. B. in der Baumwollindustrie der Rückgang der Kurzarbeiterziffer weitgemacht wird durch Zunahme der Arbeitslosigkeit. In der Posamentenbranche gar ist in beiden Richtungen eine Verschlechterung eingetreten.

Im ganzen ist die Lage noch sehr schlecht. Unter den rund 280 000 von der Zählung erfaßten Mitgliedern befinden sich noch rund 55 000 Arbeitslose und 130 000 Kurzarbeiter, und die Senkung dieser Zahlen gegen den Vormonat (rund 59 000 Arbeitslose und 150 000 Kurzarbeiter) ändert an dem Gesamtbild nur wenig.

Die Bewegung während des letzten Halbjahres in den einzelnen Gruppen der Textilindustrie veranschaulicht folgende Tabelle:

Industriegruppe	Jan. Febr. März April Mai Juni 1926						
	(in Prozenten, Höchstzahlen i. Fettdr.)						
Seide u. Kunstseide	Arbeitslose	16,2	21,3	23,0	21,4	23,7	24,3
	Kurzarb.	43,5	48,8	57,3	42,0	37,2	38,3
Wolle	Arbeitslose	16,2	20,0	23,6	24,3	23,3	19,2
	Kurzarb.	41,1	41,0	38,1	39,0	36,5	26,1
Baumwolle	Arbeitslose	6,5	11,7	12,4	15,0	15,9	16,7
	Kurzarb.	45,9	55,3	66,2	65,2	63,8	61,8
Kasseler	Arbeitslose	16,2	19,2	21,8	23,6	21,3	22,1
	Kurzarb.	51,7	56,4	54,8	57,3	53,9	47,6
Wirkerei u. Strickerei	Arbeitslose	13,7	17,2	19,0	19,1	19,2	18,4
	Kurzarb.	42,9	46,0	49,1	42,4	46,1	44,9
Gardinen, Spigen, Tüll, Häfel, Seiderei	Arbeitslose	27,0	30,5	33,0	31,9	33,5	31,7
	Kurzarb.	66,8	64,5	59,8	63,1	61,5	56,5
Seilere	Arbeitslose	30,2	32,4	20,4	23,4	17,5	21,9
	Kurzarb.	57,9	63,8	68,1	59,8	63,0	47,0
Leppiße	Arbeitslose	13,4	11,1	10,8	13,8	15,5	17,4
	Kurzarb.	52,8	56,6	60,9	61,5	58,8	57,5
Posamenten	Arbeitslose	30,8	27,9	24,4	24,6	21,4	26,7
	Kurzarb.	48,7	40,1	49,5	47,6	38,1	43,6
Sonstige Zweige d. Textilindustrie	Arbeitslose	12,6	18,8	12,7	15,1	16,0	19,1
	Kurzarb.	54,1	45,6	45,3	46,7	50,5	41,9
Textilindustrie insg.	Arbeitslose	13,1	17,1	18,9	20,0	19,9	19,4
	Kurzarb.	46,3	50,0	52,9	52,2	50,9	45,9

Wie die Bewegung in den einzelnen Gauen sich innerhalb des vergangenen Halbjahres vollzogen hat, zeigen folgende Zahlen:

Gau	Jan. Febr. März April Mai Juni 1926						
	(in Prozenten aller Mitglieder)						
Hannover	Arbeitslose	14,8	15,0	16,8	16,5	17,9	17,6
	Kurzarb.	49,7	50,8	48,9	45,3	41,4	39,2
Cassel	Arbeitslose	24,2	26,2	26,6	26,3	24,9	25,3
	Kurzarb.	44,6	46,9	46,4	44,6	44,2	39,9
Barmen	Arbeitslose	17,6	22,8	25,6	26,1	25,5	24,3
	Kurzarb.	49,3	49,4	53,2	51,4	54,6	52,6
Stuttgart	Arbeitslose	11,3	14,1	17,0	17,7	19,4	21,0
	Kurzarb.	45,2	50,6	62,4	65,0	65,4	63,6
Mugsburg	Arbeitslose	7,5	15,7	13,5	17,3	21,3	23,5
	Kurzarb.	53,4	61,0	75,0	69,2	68,1	64,3
Gera	Arbeitslose	10,0	11,2	10,6	11,8	11,5	11,4
	Kurzarb.	28,8	28,6	32,9	26,9	25,7	14,4
Dresden	Arbeitslose	11,3	15,0	16,3	16,7	16,4	16,0
	Kurzarb.	41,4	47,0	50,2	50,6	48,7	43,2
Regen	Arbeitslose	16,1	20,3	23,7	26,0	22,4	20,9
	Kurzarb.	60,5	63,4	53,6	57,5	53,3	52,6
Berlin	Arbeitslose	15,3	19,7	25,1	27,0	26,6	22,3
	Kurzarb.	47,5	48,3	42,7	46,0	42,7	30,7

Auch diese Zahlen weisen in dieselbe Richtung. Wesentliche Besserung in den Wollbezirken Gera und Berlin, die in ihrer Wirkung beeinträchtigt wird durch das Ansteigen der Arbeitslosenziffern in den süddeutschen Gauen (Baumwollindustrie).

Die in Fettdruck wiedergegebenen Ziffern (höchster Stand) zeigen auch hier, daß in den meisten Bezirken der Krisenpunkt überwunden ist. Hoffen wir, daß es auch in den zurückgebliebenen Zweigen bald wieder aufwärts geht. Die geschwächte Kaufkraft der breiten Käufermassen des Inlandsmarktes, für den ja die deutsche Textilindustrie zum allergrößten Teil arbeitet, dürfte nur eine sehr langsame Erholung zulassen.

Die Einwirkung der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie auf den Deutschen Textilarbeiterverband.

In welchem ungeheuren Ausmaße die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie auf die Organisation einwirkt, geht aus folgenden knappen Zahlen hervor: Im Laufe des Jahres 1925 haben 14 698 Personen für 284 492 Arbeitslosentage 128 125,60 M. Unterstützung erhalten. Im ersten Quartal 1926 hingegen haben bereits 37 982 Personen, die zusammen 936 327 Tage arbeitslos waren, 441 774,90 M. Unterstützung erhalten.

Berücksichtigt muß dabei allerdings werden, daß ein großer Teil der Mitglieder ausgesteuert waren und in dieser Statistik nicht enthalten sind. Die sprunghaft steigende Arbeitslosigkeit im 1. Quartal 1926 wird am besten durch nachfolgende Aufstellung gezeigt:

Während im 1. Quartal 1925 an 2964 Mitglieder 23 955,90 M., im 2. Quartal 1925 an 2754 Mitglieder 20 955,90 M., im 3. Quartal 1925 an 2045 Mitglieder 19 038,— M. gezahlt wurden, erhielten im 4. Quartal 1925 5935 Mitglieder 64 177,20 M. und im 1. Quartal 1926 37 982 Mitglieder 441 774,90 M.

Die Ursache der Arbeitslosigkeit, soweit dieselbe aus den Quittungsscheinen ersichtlich ist, bemerkt sich in direkten Entlassungen wegen Mangels an Arbeit und Entlassungen. Diese wenigen Ziffern zeigen aber wiederum, daß die Gewerkschaften einen großen Teil der sozialen Fürsorge auf sich genommen haben. Die Rückvergütungen der Gewerkschaften an ihre Mitglieder in Zeiten der Not können gar nicht hoch genug gewertet werden. Gegen dieses soziale Wirken der Gewerkschaften müßte eigentlich jede Kritik verflummen.

Berichte aus Fachkreisen.

Köln. Einen herben Verlust hat die Filiale Köln in den letzten Tagen erlitten. Zwei unserer Besten hat der unerbittliche Schicksalstod hinweggerafft. In Beuel verstarb nach zehntägigem Krankenlager unser Kollege Paul Martini; ein Kollege von seltener Liebe und Aufopferung für die Organisation, kein und keine Arbeit war ihm zu schwer, wenn ihn die Organisation rief. In treuer Pflichterfüllung hat er bis zum letzten Tage — wo er mit den Worten von seinem Ortsvorsitz: „Ich gehe ins Krankenhaus und dann sterbe ich“, schied, — seine Pflicht als Untertassler erfüllt. Und schon trifft uns erneut die Nachricht, daß unser Hermann Grimm, an den Folgen einer tüchtigen Gallenleidenkrankung dort in ist, wo es kein Wiedersehen gibt. Auch er hat in Mitteldeutschland und vielen anderen Bezirken immer im vordersten Treffen der Organisation gestanden, immer haben unsere Kollegen gerne seinen Rat als erfahrenen Kämpfer gehört. Von seinen Mitarbeitern ob seiner ruhigen Sachlichkeit und Unerbittlichkeit geliebt, von dem Arbeitgeber gefürchtet, mußte er von manchem Betrieb zu Betrieb wandern, bis er an seinem letzten Wirkungskreis sich von der aktiven Arbeit infolge seines zehrenden Leidens zurückziehen mußte. Die Filiale Köln wird ihren so früh aus unseren Reihen genommenen Kollegen ein ehrendes Andenken stets bewahren.

Reichenbach i. B. Schon immer ist darauf hingewiesen worden, daß gegenwärtig vielfach nicht einmal die niedrigsten Tariflöhne in den Webereien eingehalten und verlangt werden. Dasselbe gilt auch für unseren Bezirk Reichenbach-Mylau-Neßthau usw. Jedoch am traurigsten dürfte es in dieser Beziehung bei der Firma Beutler-Reichenbach aussehen. Tariflöhne gibt es überhaupt nicht mehr. Die Methode ist folgende: Sind etwa fünf Stühle mit einem Artikel nicht mangelhaftem Material belegt, dann läßt die Firma von jedem Weber bzw. jeder Weberin ein Stück fertigtellen. Haben davon drei Weber dieses Stück in etwa 12 Stunden hergestellt, die anderen zwei Weber aber erst in 15 oder 16 Stunden, dann sind die letzteren minderwertige Arbeiter. Ob dieser Unterschied in der Maschinenbeschaffenheit oder sonstigen unvermeidbaren Versäumnissen liegt, ist für die Firma gleich. Es kommen dann höchsten Vergütungen von ein oder zwei Mark in Frage, wenn der Weber, bei anderen Artikeln nicht auch unter die Durchschnittszeit kam.

Aber Tariflohn oder gar mit Akkordzuschlag ist ausgeschlossen, auch bei denjenigen, die eben nur 12 Stunden zugebracht haben, nach obigem Beispiel.

Solche erbärmlichen Verhältnisse hat sich die Arbeiterschaft durch vielfaches Verlassen ihrer Organisation zuzuschreiben. Da hilft auch ein kommunistischer Betriebsrat nichts, wenn die ganze Belegschaft nicht dahinter steht oder von ersterem vielleicht nichts verstanden wird.

Wißt macht auf und agitiert für den Verband und ordnungsgemäße Zustände.

Literatur.

Bericht des Freigewerkschaftlichen Jugendrates des Ortsausschusses Berlin im Jahre 1925. Berichtsjahr 1925. Preis für Organisationen 60 Pf. Die Jugendzentrale hat auch in diesem Jahre ihren Geschäftsbericht gedruckt vorgelegt, der wiederum einen sehr guten Einblick in das umfangreiche Arbeitsgebiet gewerkschaftlicher Jugendarbeit. In bester und lebhafter Ausstattung versehen mit Bildbelegungen, kostet das Exemplar für die gewerkschaftlichen Organisationen nur 60 Pf. Wir wünschen dem Bericht eine gute Verbreitung und in allen Orten der Arbeit Radikalisierung.

„Sachen links“ hält in der (oben erschienenen) neuen Nr. 27 satirische Nachlese zum Volksentwurf. Die bekannten Mitarbeiter von „Sachen links“ haben durch Text und Zeichnungen dafür gesorgt, daß auch die neuen Nummer dieses republikanischen Blattes bei seinen Lesern beste Aufnahme findet. Nach viel mehr als bisher muß die politische Satire im Kampf der Arbeiterschaft als wirksames Mittel Verwendung finden. Ergötzt deshalb für wertvolle Verbreitung von „Sachen links“, jede Nummer kostet nur 25 Pf. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten. Verlangt „Sachen links“ an allen Zeitungskiosken!

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 25. Juli, ist der Beitrag für die 30. Woche fällig

Totenliste.	Thalheim I. Ergeb. Hedwig Elsa Nimsche, Gornsdorf.
Gestorbene Mitglieder.	Weiba. Frieda Aust.
Kolbemoor-Brandmühl. J. Ringl, Fanny Staudinger.	Ehre ihrem Andenken!

Der Webstuhl

Ein Buch für Weber, Werkmeister, Betriebsleiter und namenhaft solche, die es werden wollen, von Dr.-Ing. H. Reis geb. 4,80 M.

Die Weberei

Von Prof. Ernst Gröhner. 1. Teil: Die textilen Rohmaterialien. 2. Teil: Garnberechnungen (Nachrechnen). 3. Teil: Fadenvermessungen (Bildungslehre). 4. Teil: Die Vorbereitung der Ketten- und Schützgarne. 5. Teil: Das Weben und die Vorbereitungen dazu. Mit 805 Abbildungen im Text und 5 Tafeln in Ganzleinen geb. 9,85 M.

Mechanische Webereipraxis

(sowie Garnummierungen und Garnumrechnungen von Anton Gmeiner)

Ein Hilfs- und Lehrbuch für Webstiller sowie zum Selbstunterricht. In Ganzleinen geb. 4,— M.

Der Webmeister für mechanische Weberei

Von Franz Kraus.

1. Teil: Einfacher schmalen Webstuhl, mit 58 Figuren im Text. 2. Teil: Die schmalen Webstühle, mit 25 Figuren im Text. 3. Teil: Die Schütz- und Jagardmaschinen, mit 100 Figuren im Text. in 8 Teilen geb. 5,30 M.

Handbuch für Musterzeichner der Textil-Kunstindustrie

Von Carl Dieb. Ein ins Deutsche überarbeitetes Lehrbuch mit 127 Abbildungen. In Ganzleinen geb. 6,— M.

Textil-Praxis, Verlagsgesellschaft m. b. H. Abteilung: Buchhandlung

Berlin O 34, Memeler Str. 8/9

Verlag: Carl Dieb in Berlin, Memeler Str. 8/9 — Verantwortlicher Redakteur: Hans Dieb in Berlin. — Druck: Borntrags Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Siegel & Co. in Berlin.